

Personenfreizügigkeit oder die Zuwanderung bleibt trotz Krise sehr hoch

Der Bundesrat widerruft frühere Aussagen und Prognosen zur Personenfreizügigkeit.

Am 28. Mai 2008 entkräftete Bundesrätin Doris Leuthard rezessionsbedingte Bedenken im Nationalrat folgendermassen: „Dann kommen viel weniger auf unseren Arbeitsmarkt, die Zuwanderung würde so oder so zurückgehen. (...) Das Problem löst sich zum grössten Teil automatisch aufgrund der zurückgehenden Nachfrage am Arbeitsmarkt.“

Nun konstatiert man in der Regierung, dass alles anders als prognostiziert abläuft. Auch in den krisengeprägten ersten Monaten 2009 wanderten viele ausländische Arbeitnehmer in die Schweiz ein. Es sollen rund 50'000 neue Zuwanderer aus EU und Efta in die Schweiz gekommen sein, das heisst trotz Rezession lediglich 24% weniger als in der Vorjahresperiode.

In den Abstimmungserläuterungen zur Personenfreizügigkeit schrieb der Bundesrat: „Andererseits sind die Arbeitskräfte aus der EU mehrheitlich gut qualifiziert, jung und mobil. Wenn sie die Stelle verlieren, sind sie eher bereit, die Schweiz für einen neuen Arbeitsplatz wieder zu verlassen“.

Inzwischen revidierte der Bundesrat seine Meinung und Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf erklärte: „Wer eine wenig qualifizierte Arbeit verloren hat, geht in der Regel nicht in sein Herkunftsland zurück. Es ist ja in den Ländern um uns herum derzeit auch schwierig, eine Arbeit zu finden.“ Der Hauptgrund liegt aber in erster Linie darin, dass sie in ihren Heimatländer eine tiefere Sozialhilfe erhalten als bei uns!

Weiter sind die Aussagen des Bundesrates zur so genannten Ventilklausel mehr als bemerkenswert. Nach der Abstimmung liess der Bundesrat verlauten, dass dieser Schutzmechanismus der Schweiz erlaubt, die Zuwanderung wieder durch Kontingente zu regeln. Dieses Instrument werde im entsprechenden Zeitpunkt auch konsequent angewendet.

Wie kürzlich in der Tagespresse zu lesen war, kündigt Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf faktisch die Einmottung dieses Instrumentes an mit der Aussage: „Eine solche Anrufung der Ventilklausel wird immer schwieriger, und die Wirkung wird geringer“. Erstaunlich, denn gerade auch Frau Widmer-Schlumpf hatte vor der Abstimmung mit dieser Ventilklausel kräftig geworben!

Diese neuerdings widersprüchlich gemachten Aussagen zwischen den Verlautbarungen von damals überrascht nicht, waren dies doch u.a. die Argumente der seinerzeitigen Europagegner.

Es stellt sich heute die Frage, wurde das Volk bewusst mit falschen Behauptungen angelogen oder waren es nur katastrophale Fehleinschätzungen? Die Konsequenz muss der Bürger zähneknirschend hinnehmen. Sei es bei der Wohnungs- oder Arbeitssuche, bei überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln und schon gar nicht zu sprechen von den chaotischen Zuständen auf den Strassen. Fast jeder Einwanderer nimmt nämlich sein Auto mit!

Und zu guter Letzt: wir tun gut daran, wenn wir die Entwicklung der Belastung all unserer Sozialwerke gut im Auge behalten. Auch diese Ausgaben werden steigen!

Beatrix Jud
Gemeinderätin SVP